

Volkswirtschaft.

Der § 11 des Frankfurter Friedensvertrages
und seine Bedeutung für den Weltkrieg.

— Aus der Unterhaltung mit einer volkswirtschaftlichen Autorität. —

München, 2. Juli.

Die Wirtschaftskonferenz unserer Feinde in Paris hat natürlich in jüngster Zeit auch die Regierungen, Parteien und großen Wirtschaftsorganisationen der Zentralmächte sehr beschäftigt. Ist doch das Ziel dieser Konferenz, der geplanten „militärischen Zerschmetterung“ der Zentralmächte auch eine wirtschaftliche folgen zu lassen, um auf diese Weise für die Zukunft die unbequeme Konkurrenz Deutschlands und der mit ihm befreundeten Mächte unmöglich zu machen. Der Wert der Zentraleuropa feindlichen Pariser Wirtschaftskonferenz ist in der Tagespresse bereits nach Gebühr gewürdigt worden. Man kennt also ihr Ziel wie ihre wirkliche Bedeutung für die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen der Völker Europas und noch einiger anderer Weltteile und braucht sie darum nicht sehr tragisch zu nehmen; denn die nüchterne Realität der Dinge und die zum Teil recht phantastischen und naiven Auseinandersetzungen in der Pariser Wirtschaftskonferenz passen nicht zusammen. Wir hatten den intellektuellen Urheber dieser Konferenz, Herrn Briand, lange Jahre politisch als eine fertige Persönlichkeit in Frankreich geschätzt. Es war eine Täuschung, und ob Herr Briand, namentlich nach dem seltsamen Verhalten Englands gegenüber dieser Konferenz, heute noch die gleiche Freude an dem Werke seiner Initiative haben wird, dürfte kaum besonders interessieren.

Erstere und allgemeineres Interesse erregt indes ohne Zweifel der Zusammenhang des § 11 des Frankfurter Friedens mit dem Weltkrieg, der mit ein Grund der Einberufung der Pariser Wirtschaftskonferenz war. Bekanntlich ist in diesem ominösen Paragraphen festgelegt, daß Deutschland von Frankreich in der Zollpolitik die Meistbegünstigung gewährt wird. In diesem Paragraphen erblickt man in Frankreich seit Jahren ein schweres wirtschaftliches Uebel für Frankreichs wirtschaftliche Entwicklung, das zu beseitigen längst zu den dringendsten Wünschen Frankreichs gehört. Bekanntlich ist Frankreich ein schutzöllnerisches Land, und sein Volk in der Mehrheit eine Schar von Rentnern und Mittelstandsbürgern von kleinlichem Geist, das die Konkurrenz fürchtet und dem frische Initiative beinahe fremd geworden ist. Dies erklärt auch die rückständige Entwicklung in der Eisenindustrie, in der Frankreich ehemals an der Spitze stand, ebenso in der Chemie und auf anderen Wirtschaftsgebieten. Aber selbst Paris, die ehemals glänzendste Weltstadt, hinterläßt heute, besonders im Vergleich mit Berlin, Wien, Budapest, München und anderen modernen Welt- und Großstädten, den Eindruck der Rückständigkeit, der Dürftigkeit und einer anachronistischen Weltstadt. So oft auch der berühmte deutsche Gelehrte, der angesehene Volkswirt, mit dem wir uns über diese Dinge und Zeitfragen unterhielten, in Paris weilte, der Eindruck der Rückständigkeit befestigte sich in ihm immer mehr. Die Schuld für den wirtschaftlichen Rückschritt sah man in Frankreich stets in der Hauptsache im § 11 des Frankfurter Friedens. Auch der bekannte französische Nationalökonom Dr. André C. Savous in Paris vertritt diese Anklage. Dieser enge schutzöllnerische Geist in Frankreich scheint andere Staaten, wie besonders Italien an sich gezogen, zwischen ihnen eine wirtschaftliche Solidarität geschaffen zu haben. Dieser wirtschaftliche Geist ist durch einen gewissen Schleuderelexport aus Deutschland, nach der Auffassung des Gelehrten, mit dem wir sprachen, wohl gefördert worden. In Zusammenhang mit dieser Entwicklung in Frankreich, Italien usw. muß man sich auch darauf gefaßt machen, daß besonders Deutschland einem großen Boykott gegenüberstehen wird. In England sind indes die wirtschaftlichen Anschauungen geteilt, und es ist dort mehr „Patriotismus“, die die blutigen Weltereignisse der Gegenwart verschuldet hat. Im allgemeinen ist es aber der große Gegensatz der handelspolitischen Interessen, der die Verantwortung für diesen Weltkrieg trägt und das erklärt auch den Zusammenhang des Frankfurter Vertrags mit den blutigen Ereignissen. Der Kulminationspunkt der Schutzzollpolitik dürfte mit diesem Kriege jedenfalls erreicht sein. So sicher der Gelehrte den militärischen Erfolg der Zentralmächte auch voraussieht, so glaubt er doch, daß zunächst wirtschaftlich trübe Zeiten auch für die Sieger kommen werden; denn die allgemeinen Opfer sind von einer Größe und einem Umfang, daß auch in Mitteleuropa zunächst die neuen Steuerpflichten schwere Sorgen bereiten werden.

In der weiteren Unterhaltung wurde in losem Zusammenhang mit dieser Frage auch das Verhältnis zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten berührt. Der angesehene Volkswirt bedauert lebhaft gewisse Gegensätze in der Lebensmittelfrage und meint, daß es, wie militärisch alles geeint sei, auch in der Volksernährung Grenzen nicht geben dürfe. Die beste Lösung dieses Problems wäre nach ihm freilich gewesen, alle landwirtschaftlichen Produkte durch den Staat nach dem Vorbilde Hollands beschlagnahmen zu lassen, weil die Verhältnisse der Gegenwart diesen Ausweg zum Staatssozialismus geradezu erzwingen. Durch diesen, von den Verhältnissen der Zeit bedingten Ausweg wären solche Gegensätze von vorn herein vermieden worden.

Die Unterhaltung brachte noch manche andere nationale und internationale Fragen, aber darüber öffentlich zu berichten, ist es heute noch zu früh. Zudem bezweckt diese Betrachtung vor allem, unter Hinweis auf die Autorität eines angesehenen deutschen Volkswirtes, die Bedeutung des § 11 des Frankfurter Vertrages für den Weltkrieg hervorzuheben. Ist diese Tatsache für viele auch nichts Neues, so ist sie doch vielleicht bisher nicht ganz